

express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Rüst in Peace

Kommentar zur ›soveränen Resilienz‹ von IGM, SPD und BDSV in Rüstungsfragen – von Torsten Bewernitz

In: *express* 3/2024

»Dem Staat keinen Mann und keine Waffe!« das sei unser heiliges Gelöbnis für die Zukunft« formulierte Rudolf Rocker im März 1919 auf der Reichskonferenz der Rüstungsarbeiter Deutschlands. Die Resolution, die der spätere Generalsekretär der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD, diese gründete sich erst im September desselben Jahres) den anwesenden Rüstungsarbeitern vorschlug, war im Kern die Anregung, »jede fernere Erzeugung von Kriegsmaterial prinzipiell abzulehnen und eine Umstellung der Betriebe für Friedensarbeit zu erwirken«. Der Vortrag von Rudolf Rocker wurde unter dem Titel »Keine Kriegswaffen mehr« vom (ebenfalls erst im Juli des Jahres gegründeten) Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) massenhaft als Broschüre vertrieben.

In dieser Tradition steht auch die Satzung der IG Metall, die sich nach Paragraph 2 »für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung« einsetzt. Das kürzlich gemeinsam von IG Metall, SPD-Wirtschaftsforum und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV) erstellte Papier »Souveränität und Resilienz sichern – Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie« (allein der Titel ist eine Zumutung an kritisch denkende Menschen) scheint dem zu widersprechen. Die IG Metall betont deswegen zur Sicherheit in ihrem Aktivenportal einleitend zu dem Thema, dass sie »ohne wenn und aber« an diesem Satzungsaspekt festhält – gleiches gelte aber auch für die Bundeswehr. »Das Positionspapier«, so die abschließende Schlussfolgerung, »nimmt wichtige Punkte aus dem Grundsatzantrag des letzten Gewerkschaftstags auf und steht insofern im Einklang mit der aktuellen Beschlusslage.«

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, rechtfertigt das so: »Es geht nicht um Aufrüstung, sondern um Ausrüstung, nicht um die Normalisierung oder gar Verharmlosung von Krieg, sondern um industriepolitische Fragen im Kontext der verfassungsgemäßen Landes- und Bündnisverteidigung.« Nun ist die Definition von »Aufrüstung« allerdings nicht »Normalisierung oder gar Verharmlosung von Krieg« (das nennt sich Militarismus), sondern die Beschaffung von mehr Ausrüstung – reine Wortklauberei also.

Was wollen die drei Verbände? Die Informationsstelle Militarisation (IMI e.V.) erklärt das so: »Wir sehen, dass die Bundesregierung (endlich) in die Rüstung investiert, aber es ist nicht genug und es wird zu wenig in deutsche Unternehmen gesteckt. Deutschland droht seine Kompetenzen in der Rüstung zu verlieren und damit gehen Arbeitsplätze verloren.«

Ein Blick in das Papier selber: Im Wesentlichen scheint es darum zu gehen, dass das »Sondervermögen« (das nicht ausreiche) vor allem in die deutsche Kriegsindustrie investiert werden soll – Militarismus meets Standortnationalismus: Man könne doch mal wieder mehr U-Boote bauen (»Die Stückzahlerhöhung der U-Boote der Klasse 212CD für die Bundeswehr wäre ein wichtiger Schritt, um die Spitzenstellung von tkMS zu sichern.«, S. 8), das ist ja schließlich gute alte deutsche Tradition. »Es darf jedoch dabei nicht bleiben: Es braucht auch die Entwicklung und den Bau völlig neuer Systeme (z.B. Fregatte 127, unbemannte Sys-

teme).« Soviel zur Marine. Für die Luftwaffe fordern die Verbände »eine Entscheidung zur Weiterentwicklung des Eurofighters« sowie »eine klare Entscheidung zum [Kampfhubschrauber] TIGER« (S. 10). Fast schon gruselig mutet die – allerdings nicht weiter verwunderliche – Forderung nach »KI-gestützten, Software-dominierten und dimensionsübergreifenden Systemen« (S. 10) an. Und nicht zuletzt: eine dauerhafte Finanzierung über die Legislaturperiode hinaus und der Abbau von Exportbeschränkungen.

Nun, so hieß es auch in der redaktionsinternen Debatte: Ist das für eine Gewerkschaft, die im Namen der Beschäftigten und damit eben auch der Beschäftigten der Rüstungsindustrie spricht, nicht eine erwartbare, vielleicht sogar nachvollziehbare Positionierung? Noch mal die IMI: »Als Papier der Industrie konnte man nichts anderes erwarten. Von einem Papier, das aus dem Fokus der in der Industrie Beschäftigten kommt, auch nicht ganz etwas anderes: es sind ja schließlich ihre Arbeitsplätze, um die es hier geht. Im Namen der Gesamt-IGM ist das vielleicht schon wieder ein bisschen anders.« Denn richtig, wir haben ja Branchengewerkschaften, die über Einzelinteressen hinaus agieren sollen und wollen. Rüstung ist eben, wie schon Rudolf Rocker und mit ihm die Rüstungsarbeiter (und nicht irgendwelche Arbeiter:innen!) wussten, »nicht irgendeine Form einer wirtschaftlichen Betätigung« (IMI).

Das Papier »Souveränität und Resilienz sichern – Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungsindustrie« findet sich zum Download unter

https://www.igmetall.de/download/20240130_Positionspapier_Sicherheits_und_Verteidigungsindustrie.pdf.

Die Analyse der Informationsstelle Militarisierung findet sich unter

<https://www.imi-online.de/2024/02/14/schulterschluss-ruestung/>.

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., NiddasträÙe 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany das Dossier: [IG Metall, SPD-Wirtschaftsforum und BDSV fordern gemeinsam: \(Heimische!\) Verteidigungsindustrie zukunftsfähig machen](#)